

Die wachsende soziale Ungleichheit ist auch SPD und Grünen zu verdanken.

Die wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland hat die Bevölkerung vor allem der Bundesregierung von SPD und Grünen zu verdanken, meint der Ökonom Gustav Horn.

Offensichtlich kannte Sigmar Gabriel nicht den Inhalt des Buches von Gustav Horn. Es sei eine "Ehre und Freude" für ihn, das neue Buch des Ökonomen Gustav Horn vorzustellen, sagte der SPD-Parteivorsitzende. Denn es zeige, dass "Ungleichheit nicht nur ein sozialpolitisches, sondern ein ökonomisches Problem ist", so der SPD-Vorsitzende Gabriel. Der Ökonom Horn rechnet in seinem Buch vor allem mit der Regierungspolitik unter SPD-Grünen ab.

"Die Ungleichheit ruiniert unser Land", warnt Gustav Horn. Von allen Industriestaaten hat die soziale Ungleichheit in Deutschland am stärksten zugenommen. Diese Entwicklung verdankt die Bevölkerung der Bundesrepublik vor allem der Regierung von SPD und Grünen. Damals "trat die Förderung des Reichtums an die Stelle von Bekämpfung der Armut", sagt Horn. Die Politik von SPD und Grünen verlegte sich darauf, den Unternehmen gute Investitionsbedingungen zu bieten. So wurden der Spitzensteuersatz gesenkt, Kapitaleinkommen weniger belastet, Sozialleistungen vermindert, Staatsausgaben zurückgefahren. Eine aggressive Deregulierung des Arbeitsmarktes führte dazu, dass sich prekäre Lohnarbeit ausweitete und die Löhne stagnierten. Die Reallöhne blieben zurück. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit sei vor allem dem wirtschaftlichen Aufschwung geschuldet, und weniger das Verdienst der SPD-Grünen-'Arbeitsmarktreformen'.

In einer Hinsicht hätten jedoch die SPD-Grünen-'Reformen' und ihre CDU-SPD-Fortführung ihr Ziel erreicht: Die soziale Ungleichheit in Deutschland nahm zu. Die Reichen wurden schnell reicher. - Zugleich habe die von SPD-Grünen beförderte Vermögenskonzentration die Reichen immer risikobereiter gemacht. Immer mehr Geld floss an die Finanzmärkte, bildete eine 'Blase', die schließlich platzte. "Ungleichheit schafft Instabilität", sagt Horn.

Der Ökonom Horn plädiert für eine staatliche Konjunktursteuerung und für mehr Verteilungsgerechtigkeit über eine Finanztransaktionssteuer. Denn "es ist nicht einzusehen, warum man beim Brotkauf sieben Prozent Mehrwertsteuer zahlen muss, beim Kauf einer Aktie hingegen nichts". Laut Bericht der Frankfurter Rundschau stimmte dieser Aussage auch der SPD-Vorsitzende Gabriel zu. [1]

Quelle vgl.: [1] FR, 14.02.2011. Ökonom Gustav Horn. Abrechnung mit Rot-Grün. Die soziale Ungleichheit hat das Land vor allem der Regierung von SPD und Grünen zu verdanken. <http://www.fr-online.de/wirtschaft/abrechnung-mit-rot-gruen/-/1472780/7193120/-/index.html>

Empfehlung:

A) Regelleistung und Menschenwürde [weiterhin aktuell! - auch nach einer 'asozialen Entscheidung der Parlamentsmehrheit.]

http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/hilfe/schramm_regel.pdf

B) Ohne Kampf gibt es keinen auskömmlichen Mindestlohn von 12 Euro aufwärts!

<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/kombilohn/mindeschramm.pdf>

C) Lohndifferenz - "mit" und "ohne" Tarifvertrag!

<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/kombilohn/niedrtarif.pdf>

D) Klassengesellschaft: Eigentums-, Erbschafts- und Vermögensverteilung (auch ohne persönliche Arbeit) in Deutschland. http://www.debatte.info/fileadmin/download/rschramm_10052009.pdf